



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Wintersession des Nationalrates:

PUK, Armeefinanzierung und Eigenmietwert im Fokus

Thürnen, 23. Dezember 2024

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Bevor es um die schwierigen aber wichtigen Inhalte geht eine erfreuliche Notiz: Seit Beginn der Wintersession ist die Schweiz fest in FDP-Hand. Meine Aargauer Parteikollegin Maja Riniker amtet für ein Jahr als höchste Schweizerin. Parteikollege Andrea Caroni wurde zum Ständeratspräsidenten gewählt. Und FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter amtet im kommenden Jahr als Bundespräsidentin. Das freut mich, auch wenn die Wintersession schwer beladen war.

Hartes Ringen um den Voranschlag 2025 [\(24.041\)](#)

National- und Ständerat rangen hart um das Bundesbudget für das Jahr 2025. Für uns Freisinnige stand die Einhaltung der Schuldenbremse an oberster Stelle. Denn dies ist nicht nur in der Verfassung verankert, sondern auch eine moralische Verpflichtung gegenüber nachfolgenden Generationen. Dennoch wird die Armee im kommenden Jahr rund eine halbe Milliarde mehr erhalten. Im Sinne eines Kompromisses zwischen Regierung und Legislative – der Bundesrat wollte erst 2035, das Parlament schon 2030 – sollen die Armeeaussgaben zudem bis 2032 auf ein Prozent des Bruttoinlandprodukts BIP steigen.

Hart gerungen wurde auf der anderen Seite um die Kürzungen bei der Entwicklungs- und Auslandhilfe. Die Differenzen zwischen National- und Ständerat waren zu Beginn gross. Erst am zweitletzten Tag der Session kam eine Einigung zustande. Schlussendlich einigte man sich auf eine Reduktion um 110 Millionen Franken bei der Auslandhilfe. Obwohl weit entfernt von den ursprünglich avisierten 250 Millionen ist dies dennoch als Erfolg zu werten und für einmal setzte sich der Nationalrat gegenüber dem Ständerat durch. Beim Bundespersonal werden 70 Millionen Franken weniger ausgegeben als budgetiert. FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter zeigte sich dankbar, dass die Schuldenbremse eingehalten wurde. Schon heute ist klar, dass die Budgetdebatten in den kommenden Jahren alles andere als einfach werden. Dem Bund droht ab 2026 ein strukturelles Defizit.

PUK CS – Kritik an CS-Führung – aber auch an Bundesrat und Finma

Als Mitglied der Parlamentarischen Untersuchungskommission PUK untersuchte ich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem National- und Ständerat den Zusammenbruch der Credit Suisse im Frühling 2023. Nun liegt der Bericht mit 569 Seiten vor. Behandelt wird der Bericht sowie die Empfehlungen, Postulate und Motionen in den beiden Räten in der Frühlingssession 2025. Die Untersuchung bestätigt: Die Verantwortung für den Vertrauensverlust in die CS und deren Schieflage, liegt bei deren renitenten Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der letzten Jahre. Seitens Behörden konnten wir im Abschlussbericht kein kausales Fehlverhalten feststellen. Bei der Aufsichtsbehörde der FINMA haben wir festgestellt, dass sie ihre Tätigkeit zwar intensiv, aber nicht immer wirksam durchgeführt hat. Die Koordination zwischen den verschiedenen für die Finanzstabilität zuständigen Behörden EFD, SNB und FINMA hat nicht durchwegs optimal funktioniert, insbesondere hinsichtlich des Informationsflusses.

Für mich geht somit eine sehr intensive aber interessante Zeit zu Ende. In den rund 18 Monaten trafen wir uns an 45 Sitzungen, zum Schluss sogar während den Sessionen. Wir sprachen mit 62 Personen und führten 79 Anhörungen durch. In all diesen Sitzungen berieten wir die rund 30'000 erhaltenen Dokumente, die wir mehrheitlich in einem Lesezimmer in Bern studierten. Es war spannend und auch lehrreich. Man kann nun halten vom Bericht, was man will, es wird ja nun einiges geurteilt. Ich bin jedoch überzeugt, dass wir mit unseren Feststellungen einen Mehrwert geschaffen haben und empfehle Ihnen die Lektüre (Titel oben verlinkt).

Die Abschaffung des Eigenmietwerts kommt voran ([17.400](#), [22.454](#))

Grundsätzlich waren sich die politischen Parteien schon lange einig: Der Eigenmietwert gehört abgeschafft. Um die beste Variante zur Abschaffung des ungeliebten Eigenmietwertes wurde aber lange gerungen. Die Differenzen zwischen Stände- und Nationalrat waren beträchtlich. Umstritten war vor allem, ob Erst- und Zweitwohnungen oder nur Erstwohnungen von der Eigenmietwertbesteuerung ausgenommen werden sollen und wie die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Schuldzinsen im Falle einer Abschaffung ausgestaltet werden sollen. Schliesslich setzte sich in der Einigungskonferenz die Variante des Nationalrates durch. Der Eigenmietwert soll für Erst- und Zweitwohnungen abgeschafft werden. Die Kantone sollen aber die Möglichkeit erhalten, die durch die Abschaffung des Eigenmietwerts entstehenden Mindereinnahmen durch eine neue Liegenschaftssteuer zu kompensieren. Zudem soll der Schuldzinsabzug sehr eingeschränkt werden. Nach meiner Meinung wird diese Variante um einiges schwieriger durchzubringen sein vor dem Volk. Insbesondere auch deshalb, weil hier die Berg- und Tourismuskantone nicht dahinterstehen werden.

Bis die Abschaffung des Eigenmietwerts tatsächlich greift, ist es noch ein weiter Weg. Die neue Objektsteuer ist dem obligatorischen Referendum unterstellt, da es sich um eine Verfassungsänderung handelt. Für die Einführung braucht es also ein Ja von Volk und Ständen. Angesichts der teilweise grossen Skepsis aus verschiedenen Lagern dürfte dies eine hohe Hürde bedeuten.

Lex Gerlafingen – Industriepolitik durch die Hintertür (24.033)

Der Bund betreibt keine Wirtschaftspolitik. An diesem Grundsatz hielten Bundesrat und Parlament während Jahrzehnten fest. Doch nun will eine Mehrheit des Parlaments den beiden angeschlagenen Stahlwerken in Gerlafingen und Emmen sowie zwei Walliser Aluminiumwerken mit staatlichen Subventionen unter die Arme greifen. Begründet wird dieser wirtschaftspolitische Sündenfall mit der Situation in Europa, wo andere Staaten die Industrie ebenfalls subventionieren. Als einzig liberale Partei blieb die FDP standhaft: Eine derartige Industriepolitik durch die Hintertür lehnen wir entschieden ab.

Konkret sollen die genannten Betriebe via Stromversorgungsgesetz mit tieferen Netznutzungskosten im Umfang von gut 37 Millionen Franken für die nächsten vier Jahre entlastet werden. Die Differenz geht solidarisch zulasten aller anderen Stromkunden, also auch den privaten Haushalten. Ob die Verfassung allerdings derartige Subventionen überhaupt zulässt, ist noch nicht geklärt.

Es war eine intensive Session mit grossen Geschäften. Ich bin dieses Jahr aber echt stolz: Wenn ich mir überlege, durch welche schwierigen Zeiten die Nachbarn in Europa gehen und wie hart und brutal wir wieder Kriege spüren, die wir für undenkbar hielten, dann bin ich stolz, wie wir das meistern. Klar, auch in der Schweiz läuft nicht alles zum besten, aber wir haben weder eine populistische Polemik noch eine unversöhnliche Konfrontation wie in den USA zwischen Demokraten und Republikanern.

Für die bevorstehenden Festtage wünsche ich Ihnen deshalb vor allem Besinnlichkeit und Freude im Kreise Ihrer Lieben und auch Stolz und Zuversicht. Solange wir unsere Demokratie und den respektvollen Umgang pflegen und unserer Kompromisskultur Sorge tragen, solange sind wir gut unterwegs.

Möge Ihnen das Neue Jahr Gesundheit, Glück und Erfolg bringen. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Treue und Ihr Vertrauen in meine Arbeit. Ich freue mich darauf, Ihnen Ende März 2025 wieder aus Bundesbern zu berichten.

Herzlich,

Daniela Schneeberger

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch

